

FDP
Die Liberalen



SCHAFFHAUSER FREISINN

Schaffhausen	2/3/4/5/6	Ecopop	14	Spekulation mit Lebensmitteln	18	Einheitskasse	20
Unter Freisinnigen	11	Christian, du irrst dich	16	FDP International	19	Gastro-Initiative	22

13. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Schaffhausen

Inhalt

Brachliegendes Potenzial

Für teures Geld bildet die Schweiz jedes Jahr Frauen auf hohem Niveau aus, bietet dann aber nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen, damit diese Frauen auch im Erwerbsleben verbleiben. Für die FDP Frauen ist dieser Umstand gerade nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative dringend zu ändern.

Seite 6

Nein zur Einheitskasse

Der Zürcher Gesundheitsdirektor Dr. Thomas Heiniger hat eine klare Meinung, wenn es um die Initiative zur Einführung einer Einheitskasse geht. Seine Argumente legt er im «Freisinn» dar. Daneben sprechen auch viele Fakten gegen eine Einheitskasse und für die Beibehaltung des bewährten Systems.

Seiten 20 und 21

Nein zur Gastro-Initiative

Wie viel soll die Wurst kosten? Andrea Caroni nimmt im Interview Stellung zur Gastro-Initiative und erklärt, warum die Initiative trotz – im wahrsten Sinne des Wortes – verlockender Argumente abgelehnt werden sollte.

Seite 22

Demokratie lebt von Kompromissen

Ohne Kompromisse wäre die Schweiz heute kein Land mit derart hoher Lebensqualität und Wohlfahrt. Diese positive Entwicklung war nur möglich, weil die FDP zwischen den polarisierenden Flügeln immer wieder vermittelt und mehrheitsfähige Lösungen vorgeschlagen hat. Aus der Vergangenheit können wir lernen: Auch in Zukunft braucht es eine starke FDP – der Schweiz zuliebe.

Reto Dubach, Regierungsrat Kanton Schaffhausen

Die Demokratie ist – neben dem Rechtsstaat – ein fundamentales Grundprinzip der Schweiz. Die FDP als liberale und staatstragende Partei hat über Jahrzehnte hinweg dazu beigetragen, dass es die Demokratie in ihrer ursprünglichen Form immer noch gibt und ein Erfolgsmodell geblieben ist. Darauf dürfen wir stolz sein. Denn die Demokratie führt dazu, dass die Stimmbürgerin sagt, was Sache ist und wohin der Weg führen soll. Entscheide können auf diese Weise nicht in den Hinterzimmern der Macht gefällt werden. Volksentscheide verhindern zudem jahrelange politische Auseinandersetzungen, ziehen einen Schlussstrich unter ein Geschäft oder schaffen zumindest Klarheit, wie es weitergehen soll. Beispiele aus der Nachbarschaft



Reto Dubach, Regierungsrat Kanton Schaffhausen.

zeigen, wie schwierig ein Weiterkommen ohne Volksentscheid ist und dass diese Situation zu einer eigentlichen Lähmung staatlicher Tätigkeit führen kann – «Stuttgart 21» lässt grüssen!

Demokratie ist aber kein «Selbstläufer», sondern gerade in der heutigen Zeit gilt es, ihr Sorge zu tragen. Das fängt bei der Ausübung der Volksrechte an. Im Moment werden Volksinitiativen im Viertelstundentakt eingereicht. Das stellt einerseits Bundesrat und Parlament kein gutes Zeugnis aus, andererseits überfordert das die Stimmberechtigten. Die zunehmende Initiativflut führt damit immer mehr zu einem billigen Politmarketing, das vor allem die polarisierenden Kreise nutzen. Das macht mir Sorge. Was wir zudem überhaupt nicht brauchen, sind Initiativen, die gegen zwingen-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

des Völkerrecht oder zentrale Verfassungsprinzipien verstossen. Sie müssen künftig konsequenter als bisher für ungültig oder zumindest teilweise ungültig erklärt werden.

Damit will ich keineswegs sagen, dass die Initiativen teilweise nicht den Finger auf einen wunden Punkt legen und auch in der Stossrichtung durchaus ihre Berechtigung haben können. Nicht weiter führen uns aber Schwarz-Weiss-Malerei, Schuldzuweisungen und ganz generell eine Politik der schrillen Töne. Gefragt sind vielmehr Lösungen, die mehrheitsfähig sind und gleichzeitig sicherstellen, dass auch die Anliegen der Minderheiten ernst genommen werden. Das gilt vor allem für die Regierungen, aber auch für die Parlamente auf nationaler und kantonaler Ebene.

Die FDP hat in der Vergangenheit diese Rolle als «Brückenbauerin» immer wieder wahrgenommen. Zum Teil wird ihr dies als Schwäche angelastet, weil diese Politik zwangsläufig auf die verschiedenen Interessen Rücksicht nimmt. Aber die Demokratie lebt von Kompromissen, und nur auf diese Weise ist es gelungen, in der Schweiz die heutige Wohlfahrt und Lebensqualität zu erreichen. Die vermeintliche Schwäche erweist sich damit – aus Sicht der Schweiz – als Stärke der FDP.

Raphaël Rohner: Der beste Mann für das Schaffhauser Stadtpräsidium

Thomas Hauser,
Kantonsrat FDP, Präsident
überparteiliches Wahlkomitee

Am 28. September findet in Schaffhausen die Wahl des neuen Schaffhauser Stadtpräsidenten statt. Die FDP der Stadt Schaffhausen freut sich, den Wählerinnen und Wählern einen für das Amt prädestinierten Kandidaten zur Wahl empfehlen zu dürfen.

In der heutigen, vor allem für die Wirtschaft schwierigen Zeit ist es von grösster Bedeutung, dass die Regierung der Stadt Schaffhausen nicht in die Hände linker Politiker fällt. Bevor die öffentliche Hand Geld für eine fragwürdig ausgedehntere Sozialpolitik – wie es SP (Sozialdemokraten) und AL (Alternative Liste) verlangen, ausgibt, muss es eingenommen werden. Und diese Einnahmen dürfen nicht über höhere Steuern generiert werden. Steuererhöhungen sind das falsche Rezept – ja sie sind sogar Gift für das Zentrum im kleinen Paradies.

Gute Rahmenbedingungen für Industrie und Gewerbe, eine effiziente und kostengünstige Verwaltung, die Zusammenarbeit mit anderen Ge-



Raphaël Rohner

meinden und eine sinnvolle Energiepolitik – das sind politische Ziele, die zum Wohl einer zukunftsreichen Stadt Schaffhausen verfolgt werden müssen.

Raphaël Rohner hat die Zeichen der Zeit erkannt und setzt seine Kräfte dementsprechend ein. Gleichzeitig bietet er auch Gewähr für einen stark geführten Stadtrat. Als Mitglied der Geschäftsleitung des Erziehungsdepartements des Kantons Schaffhausen, als Präsident des Grossen Stadtrates und als Präsident der FDP/Jfs-Fraktion im Grossen Stadtrat hat er bewiesen, dass er lösungsorientiert führen kann. Im Stadtrat übernahm er vor zwei Jahren kein einfaches Refe-

rat. Konsequenter hat er das Zepter übernommen und fragwürdige aufgelegte Projekte neu in Angriff genommen und auf eine rechte oder gute Bahn gebracht. So konnte er das von seinem Vorgänger falsch eingefädelt Projekt «Freier Platz» auf Kurs bringen und im Frühjahr 2014 einen neuen, gefreuten Platz als Eingangstor zur Stadt einweihen.

Raphaël Rohner sieht die Probleme, Raphaël Rohner sucht die richtigen Lösungen, Raphaël Rohner packt an, Raphaël Rohner setzt um, Raphaël Rohner führt sein Team klar, und Raphaël Rohner arbeitet stets zielgerichtet. Raphaël Rohner ist aber nicht ein sturer Macher, denn in seinem Tun haben auch der Humor und ein gewisser Schalk bei Bedarf auch stets ihren Platz.

Kurzum: Aufgrund seiner konzipierten Art und seines grossen Leistungsausweises ist Raphaël Rohner der richtige Mann für das Schaffhauser Stadtpräsidium.

Jawohl, unumwunden, so ist es. Und nur drum empfehle ich Raphaël Rohner fürs Stadtpräsidium.

Chancen nutzen

Halbzeit im Kantonsratsjahr 2014

Jeanette Storrer,
Fraktionspräsidentin
FDP/JF/CVP-Fraktion

Gemäss dem Abstimmungskalender des Regierungsrates sollte zum heutigen Zeitpunkt ein gewichtiger Volksentscheid zur Frage, ob im Kanton Schaffhausen ein Strukturreformprozess in Angriff zu nehmen ist, gefallen sein. Diese Absicht wurde mit einem Paukenschlag durchkreuzt – dem Entscheid des Bundesgerichts vom 25. März 2014, für die geplante Konsultativabstimmung fehle es im



Jeanette Storrer, Fraktionspräsidentin
FDP/JF/CVP-Fraktion des Kantonsrates.

Kanton Schaffhausen an einer Rechtsgrundlage. Verschieben ist nicht aufgehoben, und so bleibt der Regierungsrat in der Pflicht, dem Kantonsrat einen Vorschlag zu einer Strukturreform mit ausgearbeiteten Varianten vorzulegen.

Das Gute daran ist, dass bis dahin klar sein wird, welche Massnahmen im Zusammenhang mit dem geplanten Entlastungspaket 2014 zur Diskussion stehen und wie diese angegangen werden sollen. Die FDP/JF/CVP-Fraktion hat immer deutlich gemacht, dass das Thema Struktur-

reform nicht mit einer Entlastung des Staatshaushalts gleichzusetzen ist, die künftig anzustrebende Struktur aber sehr wohl mit der Auswahl der zu treffenden Massnahmen kompatibel sein muss, und dass eine schlankere Struktur durchaus geeignet ist, einen Beitrag an die Entlastung der Haushalte von Kanton und Gemeinden zu leisten. Dazu, welche Aufgaben, mit welchen Mitteln und zu welchen Teilen in anderen Kantonen von den Gemeinden beziehungsweise vom Kanton

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

wahrgenommen werden, liefert die Studie von BAK Basel vom 19. Februar 2014 interessante Anhaltspunkte. Dass der Regierungsrat gewillt ist, dieses Thema bereits im Rahmen des Entlastungsprogramms 2014 anzugehen, zeigt seine Medienmitteilung vom 7. Mai 2014. Gemäss dieser wird nach Vornahme einer internen Plausibilisierung ein Entlastungsziel von 40 Mio. Franken angestrebt und dabei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass sich darunter auch Massnahmen in Bereichen befinden werden, welche Kanton und Gemeinden im Verbund erfüllen beziehungsweise finanzieren. Genau hier wird zu prüfen sein, ob solche Aufgaben künftig nicht besser zu entflechten und damit die Strukturen zu vereinfachen sind. Mit Blick auf eine künftige Strukturverbesserung wenig hilfreich ist hingegen, dass der Regierungsrat gleichzeitig beschlossen hat, «allfällige durch die Entlastungsmassnahmen resultierende Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen der Gemeinden zu kompensieren», sodass sichergestellt ist, dass das Entlastungsprogramm 2014 die Kantonsfinanzen entlastet und gleichzeitig für die Gemeinden haushaltneutral umgesetzt wird. Letzteres will heissen: den Gemeinden aus der Umsetzung der Massnahmen anfallende Entlastungen sollen mit zusätzlichen «Belastungen» (welche den Kanton wiederum entlasten) wettgemacht werden. Gegen diesen Mecano wird sich unsere Fraktion gegebenenfalls zur Wehr setzen, weil er grundsätzlich nicht dazu geeignet ist, einen Beitrag zu einer Aufgabenentflechtung und Strukturverbesserung zu leisten. Wir wollen, dass aus der Not – der Absetzung der Abstimmung über den Grundsatzbeschluss und Varianten zu einer Strukturreform – eine Tugend gemacht wird und das Tor, das sich mit einer so umfassenden Überprüfung des Leistungsangebots auf Kantons- und Gemeindeebene aufgetan hat, gleichzeitig für eine Aufgabenentflechtung genutzt wird.

Kultur – das ist die rentabelste Wirtschaftsförderung

Peter Hartmeier

Vor einigen Tagen endeten in Zürich die perfekt organisierten Leichtathletik-Europameisterschaften – trotz etwelchen emotionalen und sportlichen Highlights vermochte der Wettbewerb ausserhalb der Leichtathletik-Zielgruppe kaum Aufmerksamkeit zu erringen. Gleichzeitig fand in Locarno das Filmfestival statt – dieses Jahr mit einer durchschnittlichen Programmierung. Trotzdem waren die Fünf- und Vier-Sterne-Hotels in Ascona ausgebucht, und in den Restaurants am Lago Maggiore musste man rechtzeitig Tische buchen, wenn man sich einen Fensterplatz ergattern wollte. Neben zahlreichen Exponenten der Schweizer Wirtschaft gaben sich Politiker, vor allem aus Deutschland, die Klinke in die Hand: FDP-Chef Lindner, Vize-Kanzler Gabriel (SPD) und Exponenten der bayerischen CSU zählten zu den prominenten Gästen. In den wichtigen Medien Deutschlands war Locarno ein Thema. Zwei weitere Beispiele: Im deutschsprachigen Europa setzen zwei der erfolgreichsten Hotels auf ein Kulturprofil: das Hotel Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen in Bayern, das mittlerweile zu den zwölf besten Ferienhotels der Welt zählt (!), und das traditionsreiche Hotel Waldhaus in Sils-Maria. Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Debatten und Begegnungen mit spannenden und umstrittenen Exponenten der Kulturszene ziehen offensichtlich eine kaufkräftige, konsumfreudige Clientèle an. Kultur ist also nicht nur ein Magnet für Grossstädte wie New York und London, sondern ebenso sehr auch für winzige Orte auf dem Land. Oder auch für Schaffhausen: Nach dem kümmerlichen Ende der «Hallen für Neue Kunst» (für deren Auszug sich niemand die Hände in Unschuld waschen kann) wurde ich in der ganzen Schweiz mehrmals darauf angesprochen, ob es wirklich wahr sei, dass in Schaffhausen nun das Museum geschlossen



Peter Hartmeier, Publizist und Berater, Partner Lemongrass Communications AG, Zürich, ehemaliger Chefredaktor des «Tages-Anzeigers» und Kommunikationschef von UBS Schweiz, Vorstandsmitglied FDP Kanton Schaffhausen.

würde. Erst als Peter Jezler seine brillante Idee der «Ritter-Spiele» auf dem Herrenacker umsetzte, schien die übrige Schweiz Schaffhausen wieder als Museums-Stadt zur Kenntnis zu nehmen. Genauso passt das mittlerweile hochangesehene Festival «Stars in Town» in dieses Bild: Was die rührigen Organisatoren in den letzten fünf Jahren auf die Beine gestellt haben, müsste längst mit einer Ehrenbürgerschaft ausgezeichnet werden.

Gelegentlich werden Töne laut, die vermuten lassen, dass Kultur- und Sportförderung gegeneinander ausge-

spielt werden sollen. Welch eindimensionaler Schwachsinn! In Locarno trifft man sich am Filmfestival vor und nach den Aufführungen auch auf den Sportplätzen oder im See beim Schwimmen. Und Schaffhausen hat das Glück, nicht nur über initiative «Stars in Town»-Macher zu verfügen, sondern auch über Persönlichkeiten wie den Handballförderer Giorgio Behr. Eine liberale Politik ist sich beider Werte bewusst.

Massgebender Teil einer bürgerlichen Erziehung ist Bildung; zu einer bürgerlichen Politik gehört deshalb selbstverständlicherweise Kultur – Kultur als identitätsstiftender Faktor einer liberalen, aufgeklärten Gesellschaft. Hinzu kommen die volkswirtschaftlichen Überlegungen: Wir wissen längst, dass anspruchsvolle Kulturtouristen überdurchschnittlich konsumieren und deshalb vom lokalen Gewerbe besonders gerne willkommen geheissen werden. Entsprechend haben wir für Rahmenbedingungen zu sorgen, in denen privatwirtschaftliche Initiativen umgesetzt und gefördert werden können; liberale Politiker haben aber auch dafür zu sorgen, dass Kulturpolitik über ein adäquates Budget verfügt. Ein Wahlkampf ist für Grundsatzüberlegungen der Kulturförderung eine hervorragende Zeit – gerade für liberale Politiker mit einem entsprechenden Bildungshintergrund.

Einladung zum Sessionsapéro mit Andrea Caroni, Nationalrat AR

Wir freuen uns, am Freitag, 26. September 2014, Nationalrat Andrea Caroni aus dem Kanton Appenzell-Ausserrhododen bei uns zum Sessionsapéro begrüßen zu können. Er wird uns viel Interessantes aus der Herbstsession zu berichten haben und steht auch für Fragen und Anliegen gern zur Verfügung.

Kommen Sie vorbei und diskutieren Sie mit bei einem Glas Wein und Elsässer Flammkuchen:

Theaterrestaurant Schaffhausen, Künstlerstübli, ab 18.00 Uhr

Die Schule soll es richten

Die Jungen würden sich viel zu wenig für Politik interessieren. Dies ist eine weitverbreitete Meinung, die eine grosse Schweizer Bank jüngst veranlasst hat, beim Berner Institut GfS eine Studie zum Thema «Bausteine zur Stärkung des Schweizer Politsystems» in Auftrag zu geben. Nun liegt der sehr interessante Schlussbericht vor, datiert vom Juni 2014.

**Christian Amsler (FDP),
Regierungspräsident des Kantons
Schaffhausen**

Die Studie setzte sich die Entwicklung neuer Erfolgsbausteine der Innenpolitik zum Ziel. Das ist ein lobenswertes Ziel! Auf diesem Weg soll sie zur politischen Erfolgsgeschichte der Schweiz beitragen, und die Wohlfahrt soll nachhaltig gesichert werden. Die Studie zielt aber auch auf unmittelbare Relevanz – dank konkreter Reformvorschläge mit Optionen zur Umsetzung. Zwei Meilensteine wurden von Beginn weg festgelegt: In einem ersten Schritt sollte der Stand des Expertendiskurses aufgearbeitet und reflektiert werden, während im zweiten Meilenstein die fallweise Vertiefung sowie Akzeptanz der Ideen bei den Stimmberechtigten im Vordergrund standen. Zum ersten Meilenstein liegt ein eigenständiger Bericht vor. Dort beurteilten 75 Expertinnen und Experten 52 Ideen aller Art in einer quantitativen Befragung. Insgesamt schnitt dabei die politische Bildung in den Schulen sowohl bei der persönlichen Bewertung wie auch bei den Realisierungschancen eindeutig am besten ab. Bemerkenswert!

Die Ergebnisse der Befragung «Politisches System Schweiz» basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1011 Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz.

Ein höchst interessantes Resultat ist also, dass eine sehr grosse Mehrheit die Relevanz der politischen Bil-



Bilder von der Session des Schaffhauser Jugendparlaments, gegründet im Jahr 2011.

dung an der Schule sehr hoch gewichtet. Die Schule soll es also richten – einmal mehr, ist man versucht zu sagen. Neben ihren vielen anderen Aufgaben von A = Aufklärung bis zu Z = Zähneputzen soll die Schule auch den Grundstein dafür legen, dass Jugendliche ihr Stimmrecht später auch wirklich wahrnehmen und sich aktiv und interessiert am politischen Leben beteiligen.

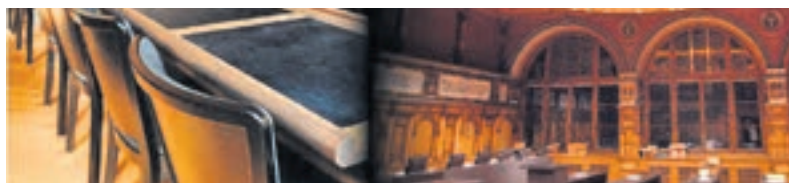
Damit liegt diese Idee deutlich vor den anderen Vorschlägen. So soll in allen Ausbildungsphasen ab der siebten Klasse die politische Kultur und die Fähigkeit zur Mitsprache der Stimmberechtigten durch die Thematisierung von Abstimmungen gefördert werden. Gemäss dem Forschungsinstitut würde es sich anbieten, Jugendlichen in Form von Debat-

ten Lust an der Politik zu vermitteln. Um das politische Interesse bei Jungen zu stärken, müssten allerdings elektronische Medien und soziale Netzwerke verstärkt berücksichtigt werden. Eine grosse Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass die politische Bildung praxisnah und neutral erfolgen soll. Zudem soll das Fach Politik den gleichen Stellenwert erhalten wie Mathematik. Die Ansicht, wonach politische Bildung eine Sache der Eltern sei, fand indes interessanterweise nur wenig Zustimmung.

Gerade mit dem Lehrplan 21 wollen die 21 Deutschschweizer Kantone die politische Bildung umfassend stärken. Dies, weil die Erziehungsdirektoren die Wichtigkeit dieses Prozesses der «Demokratisierung» in einer Zeit der Individualisierung erkennen. So sollen in einem wechselnden Kontext Kenntnisse über Demokratie und wo immer möglich auch Partizipationsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler am Schulalltag geschaffen werden. Kinder brauchen Räume und Gelegenheiten mitzureden, mit-

zuentscheiden und mitzugestalten. Hierbei lernen sie, ihre Ideen zu vertreten und zu verhandeln, sie erleben Zugehörigkeit zur Gruppe, sie identifizieren sich mit dem Resultat, weil ihre Bedürfnisse auch ernst genommen werden und sie sicht- und spürbar auch etwas verändern können! Sie erleben so auf eine altersgerechte Art in ihrem vertrauten Umfeld unverzichtbare Elemente von Demokratie und bauen so Schritt für Schritt ein eigenes politisches Bewusstsein auf.

Ich bin aber der festen Überzeugung, dass man die politische Bildung nicht einfach allein nur den Schulen überwälzen darf. Hier sind alle gefordert, vor allem aber auch die Politik, die Parteien, die Behörden und auch das Elternhaus. Es ist unser aller Pflicht, die Jungen engagiert zur Demokratie hinzuführen und sie ihnen vor allem auch Tag für Tag konkret vorzuleben. Bekanntlich führt Vorbild zu einem positiven Bild. Wir sind es unserem politischen Nachwuchs schuldig.



Jungfreisinnige Kanton Schaffhausen

Zurück ins 19. Jahrhundert mit der 2000-Watt-Gesellschaft

**Till Hardmeier, Grosstadtrat
JFSH, Vorstand JFSH, Vorstand
FDP Stadt Schaffhausen**

«Wir leben 2000 Watt» – die Stadt Schaffhausen hat eine Broschüre mit diesem Titel mitfinanziert. Darin wird uns geraten, wegen der Energiebilanz auf exotische Früchte wie Bananen oder Ananas zu verzichten (die Schokolade aus Kakaonüssen ging vergessen) und nur saisonale Produkte zu essen. Auch der Fleischkonsum muss reduziert werden. Im Sommer ist das alles kein Problem, im Winter werden wir aber 1001 Kartoffelrezepte durchkochen müssen, um die Regeln einzuhalten.

Gleiches gilt für Kleider: Weniger kaufen – und wenn, dann aus lokaler Produktion. Schafwollpullover werden also wie die zwickenden Wollsocken wieder trendig werden, weil Baumwolle in unseren Breitengraden eben nicht gut wächst. Auch das Recycling kommt nicht zu kurz: Aus dem alten Kinderpulli lässt sich ein chicer Frauenrock nähen.

Viel Sparpotenzial gibt es im Bereich Wohnen: Die Heizung und die Warmwassertemperatur runterschrauben. Heisst konkret: Möglichst kalt duschen und bei 16 Grad im Schafwollpullover in der Stube sitzen. Der Umwelt zuliebe sollten auch wieder drei Generationen unter einem Dach leben, damit die Wohnfläche pro Person auf die 23 Quadratmeter von 1950 zurückgeht. Kunststoffe sind aus Erdöl, die dürfen wir im Haus ebenfalls nicht mehr verwenden – genauso wie Elektrogeräte, die Strom brauchen.

Auch bei der Mobilität lässt sich sparen: Kurze Wege (nicht nach Zürich pendeln) und Fahrradfahren (ein Vergnügen im hügeligen Schaffhausen) werden empfohlen. Autofahren und Ferien mit dem Flugzeug sind des Teufels.

Das alles wird in der Fachwelt elegant «Suffizienz» genannt – und be-



Die religiösen Amish People verzichten auf moderne Technologie. Soll das unsere Zukunft sein?

deutet auf Deutsch: Verzicht auf unseren heutigen Lebensstil. Damit sind wir aber zurück im 19. Jahrhundert, und es ist auch logisch, dass dies kaum jemand freiwillig macht. Der Stadtrat hütet sich deshalb, genaue Massnahmen und Ziele zu nennen. Ohne Verbote, teure Fördergeldtöpfe und massive Steuern werden die meisten Bewohner der Stadt aber niemals von den ca. 6000 Watt, die heute im Durchschnitt verbraucht werden, auf die 2000 Watt kommen. Auch wenn neue Geräte effizienter sind und Häu-

ser besser isoliert werden. Zu beachten ist, dass neben Privathaushalten auch alle energieintensiven Gewerbe- und Industrieunternehmen in den Schraubstock genommen werden müssen. Diese werden dann wohl abwandern, wenn sie noch konkurrenzfähig produzieren wollen – hier bleiben die Arbeitslosen.

Die EMPA hat mehrere tausend Personen detailliert zu den genannten Bereichen befragt und stellt ernüchtert fest: Nur zwei Prozent der Personen erreichen das 2000-Watt-Niveau heu-

te; das Ziel von einer Tonne CO₂ überhaupt niemand. Wie leben die vorbildlichen zwei Prozent mit 2000 Watt? Höchstens alle fünf Jahre eine Flugreise machen, 1700 km pro Jahr liegen mit dem Auto drin und 172 Minuten ÖV fahren pro Woche. Pro Person 35 Quadratmeter Wohnfläche und 2,8 Fleischmahlzeiten pro Woche.

Man merkt schnell: Die 2000-Watt-Gesellschaft bedeutet massivste Einschnitte ins Leben.

Und wozu? Für ein ideologisches Ziel, das Schaffhausen zum Ökofundamentalisten-Mekka werden lässt. Ob die Schaffhauser aber 2000 Watt oder 12000 Watt wie die Amerikaner verbrauchen, wird weder auf die globale Klimaerwärmung einen Einfluss haben noch den Leuten in den Entwicklungsländern mehr Energie geben.

Helfen Sie mit, diesen Schildbürgerstreich der Mitte-Links-Parteien zu verhindern, und klären Sie Ihr Umfeld vor der Abstimmung auf! Besten Dank!

2000-Watt-Ziel gehört nicht in die Stadtverfassung

ETH-Forscher haben die 2000-Watt-Gesellschaft in den 90er-Jahren entworfen. Anstatt wie heute rund 6000 Watt Leistung sollen wir uns auf einen Drittel beschränken und gleichzeitig nur noch 1 Tonne CO₂ statt ca. 9 Tonnen pro Kopf ausstossen.

Der Stadtrat möchte mit seiner Vorlage «Zukünftige Energiepolitik» diese Ziele in die Stadtverfassung aufnehmen. Darüber gibt es eine Volksabstimmung gegen Ende 2014.

Der grünliberale Stadtpräsident Feurer weiss als ein Vater der Vorlage

nicht, ob die Ziele erreichbar sind, und schweigt zu den geplanten Massnahmen. Ohne Zwang, neue Steuern oder staatliche Zuschüsse lassen sich die Ziele nicht erreichen, sind sich schweizweit viele Experten einig.

Allgemeine Kritik: Fossile Energie ist endlich, die erneuerbaren Quellen sind nicht knapp, die Energie nur schlecht speicherbar. Eine CO₂-Reduktion ist deshalb global zielführender als die 2000-Watt-Limite. Selbst ETH-Professoren und Bundesrätin Leuthard geben heute zu: Der Strom-

verbrauch wird trotz Sparmassnahmen wegen der technologischen Entwicklung weiter steigen. 2000 Watt ist eine Metapher: Es müssten eher 3000 bis 4000 Watt sein.

Empfehlung der FDP/JFSH-Fraktion: Wir sind weder gegen bewussten Konsum noch gegen Energiesparen. Aber es muss in einem vertretbaren Rahmen bleiben. Deshalb gehören diese veralteten und unrealistischen Ziele nicht in die Stadtverfassung! Bekämpfen wir dieses ideologische Vorhaben der Mitte-Links-Parteien!

Was bedeuten die Ereignisse in der Ukraine und im Nahen Osten für eine liberale Schweiz?

Sicherheit – Engagement – Verteidigung!

Wie sicher sind wir in der Schweiz? Wie sicher können wir uns in unserem Land fühlen? Diese Frage stelle ich mir in den letzten Tagen vermehrt. Grund dafür: Der Abschuss von MH17 über der Ukraine. Bisher wohl der verrückteste Auswuchs der jüngsten Entwicklung in diesem Land.

Stephan Schlatter, Branch Manager Medizinaltechnik, Mitglied FDP Kanton Schaffhausen

Anlässlich der Delegiertenversammlung der FDP in Schaffhausen, bei der Beratung über unsere Parole über den Kauf des Gripen, ergriff Peter Regli, ehemaliger Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, das Wort. Er erklärte mit markigen Worten, warum wir eine gute Luftwaffe brauchen. Was mir in Erinnerung blieb und wirklich Eindruck machte, war sein Satz: «Die Welt ist ein Pulverfass!» Peter Regli kennt die Bedrohungslage der Schweiz im Detail. Mir zeigen die Entwicklung in der Ukraine, aber auch die Ereignisse in Gaza, dass Herr Regli schlicht Recht hat.

Wir sind weit weniger sicher, als viele denken, und viel weniger, als uns lieb ist. Die Menschen in unserem

Land müssen wieder lernen, dass die vielen Annehmlichkeiten und Vorteile, die wir haben, nicht gottgegeben sind. Tagtäglich müssen wir uns dafür einsetzen, diese Werte zu erhalten und auszuweiten. Was verstehe ich unter Annehmlichkeiten? Wir halten Wahlen ab, die transparent sind und bei denen die Gewinner auch tatsächlich mehr Stimmen erhalten haben. Wir können Gerichte anrufen und erwarten, dass sie sich umfassend dafür Einsetzen, Gerechtigkeit walten zu lassen. Wir können Informationen frei konsumieren und selber entscheiden, welche wohl richtig ist. Wir können uns frei bewegen, den Wohnort wechseln. Unsere Bahnen und Busse verkehren mehrheitlich pünktlich und zuverlässig. Wir haben das wohl höchstentwickelte Gesundheitswesen, wir haben Schulen, die uns gratis zur Verfügung stehen und ein sehr hohes



Stephan Schlatter, Branch Manager Medizinaltechnik, Mitglied FDP Kanton Schaffhausen.

Niveau an Bildung bieten. Wir dürfen glauben, was wir wollen, und heiraten, wen wir wollen!

Aus meiner täglichen geschäftlichen Tätigkeit weiss ich, dass alle diese Punkte bereits eine Flugstunde ab Zürich nicht mehr selbstverständlich sind.

Wie kommt es, dass viele von uns nicht bereit sind, sich für den Erhalt dieser Werte aktiv einzusetzen? Viele Leute nehmen die Welt um sich herum nur teilweise wahr. Obwohl man für Ferien auch diesen Sommer wieder um die halbe Welt reist, hat man das Gefühl, die Probleme der Welt gehen uns nichts an. Uns geht es ja gut, was sollen wir uns um diese fremden Menschen kümmern? Dem wohl grössten Teil unseres Stimmvolkes ist nicht bewusst, dass auch wir ein Teil dieser Welt sind und wir von den Zeichen eines möglichen Niedergangs direkter betroffen sind, als uns lieb ist.

Oft werde ich aus meinem Bekanntheitskreis darauf hingewiesen, dass alle diese Ideen schon ihre Richtigkeit hätten. Die FDP tue aber gar nichts, um dieses Bewusstsein zu fördern. Ich

entgegne dann immer, dass gerade hier das Problem liegt. Immer wollen wir, dass andere etwas tun. Der Staat soll sich endlich um irgendwelche Missstände kümmern. Die Stadt soll für bezahlbaren Wohnraum oder ein Fussballstadion sorgen. Die FDP soll sich endlich wieder um die Freiheit der Schweiz kümmern! Das führt mich zum Kern meiner Ausführungen: Damit irgendetwas ändert oder besser wird, müssen wir uns selbst engagieren und etwas tun. Von nichts kommt nichts. Weder unser Wohlstand noch unsere Sicherheit werden von irgendjemandem garantiert. Nur wir selber können dafür sorgen.

In der Ukraine tobt ein Krieg mit sehr ungewissem Ausgang und ohne klare Fronten. Sollten wir da nicht bereit sein, unser Land, unsere Gesellschaft unsere Annehmlichkeiten zu verteidigen? Es mag überholt sein, aber ein wertvoller Ansatz war die Staffelnung der alten Armee allemal. Auszug, Landwehr, Landsturm. Wenn es denn nötig wird, würde jeder, der kann, mithelfen, unsere Schweiz zu verteidigen. Damit es nie dazu kommt, dass dies militärisch notwendig wird, sollten wir uns täglich anstrengen, unsere Werte hochzuhalten. Wir brauchen das Bewusstsein, dass es jeden von uns braucht dafür, dass es uns auch weiterhin gut geht.

Ich freue mich daher sehr auf den Tag der FDP am 13. September unter dem Motto Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Wenn wir diese drei Begriffe leben und umsetzen, meistern wir die grossen Herausforderungen und sichern unsere Arbeitsplätze, reformieren unsere Sozialwerke und schaffen einen bürgernahen Staat. Aber es reicht nicht, wenn nur wir Freisinnigen dies tun. Wir sollten diese Botschaft hinaustragen und noch viel mehr Leute dazu ermuntern, diese Begriffe zu leben.

Spendenaufwurf

Liebe Kantonschaffhauser FDP-Mitglieder

Die Wahl des neuen Schaffhauser Stadtpräsidenten ist nicht nur für die Stadt, sondern für den ganzen Kanton Schaffhausen wichtig. Ich gelange daher mit der Bitte an Sie, den Stadtschaffhauser Wahlkampf aktiv zu unterstützen, und erlaube mir, allen Parteimitgliedern des Kantons die entsprechenden Kontodaten wie folgt für Spenden zur Verfügung zu stellen:

Clientis BS Bank Schaffhausen, 8215 Hallau

Konto 30-38129-1

IBAN CH38 0685 8565 1221 0268 2

Zahlungszweck: Wahlkampf Raphaël Rohner

Es geht darum, das Stadtpräsidium wieder in bürgerliche, liberale Hände zu bringen! Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung!

Harald Jenny, Parteipräsident